

Antrag Nr.

(mit Kürzel der Mitgliedsgewerkschaft incl. lfd. Nr. und Zusatz Dateiert. Beispiel: DPVKOM1.doc)

Antrag an den Gewerkschaftstag 2012 des dbb

Antragsteller: Bundeshauptvorstand des dbb

Antragbetreff: „Positionen des dbb zur „Sozialen Arbeit“ und weiteren sozialen Berufen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Ausgangssituation

Die Sozialen Berufe umschreiben eine anderen Berufsgruppen gegenüber nicht eindeutig abzugrenzende Gruppe von Berufen, die mit sozialen, teils kurativen Dienstleistungen, Beratung, Erziehung, sozialer Hilfe und Kontrolle, Betreuung und Unterstützung und im weiteren Sinne mit allen Tätigkeiten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen, aber auch in der Arbeitsverwaltung und im Justizwesen betraut sind. Die Sozialen Berufe zählen damit zum Kern des deutschen Sozialstaats. So schwierig auch die Abgrenzung der einzelnen Bereiche der Sozialen Arbeit ist, haben doch alle Berufsgruppen den Dienst am Menschen als gemeinsamen Nenner. Auch die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen beeinflussen nahezu alle Beschäftigte der Sozialen Berufe.

Eine wesentliche Herausforderung der Zukunft stellt der demografische Wandel dar. Der medizinisch-technische Fortschritt verbunden mit einem Anstieg der Lebenserwartung schafft zusätzliche, individuelle Betreuungsbedarfe.

Die Beschneidung der finanziellen Spielräume durch die Finanzkrise und die Schuldenbremse wird den absehbaren Fachkräftemangel weiter verschärfen. Zwar können hier durch zunehmende Migration negative Effekte zumindest abgefedert werden, allerdings werden damit verbunden sprachliche und kulturelle Hürden in den Vordergrund rücken, auf die dringend Antworten gefunden werden müssen. Die Herausforderungen reichen von Verständigungsschwierigkeiten in der persönlichen Betreuung bis hin zur Verhinderung nicht konsensfähiger Wertvorstellungen.

Auch der Bedeutungsgewinn elektronischer Medien wird Einfluss nehmen auf persönliche Beratung und Informationsvermittlung. Gerade im Hinblick auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit muss dafür Sorge getragen werden, dass es nicht zu einer Entfremdung der älteren Arbeitnehmer und damit verbunden zu einer Abkoppelung dieser von den neuen Technologien kommt.

Letztlich beeinflusst auch der stärkere Trend zu alternativen Lebensformen weg von der klassischen Ein-Verdiener-Familie die Anforderungen an die Sozialen Berufe. Neue

Betreuungs- und Beratungsangebote müssen geschaffen werden, gerade da, wo die Familie dies nicht auffangen kann.

Die Entstehung neuer Berufsbilder und Studiengänge stellt neue Anforderungen an die Qualifikation der Lehrenden. Insgesamt ist zukünftig mit einem höheren Anteil von Beschäftigten mit nicht durchgängigen Erwerbsbiografien zu rechnen, welche wiederum die Mitarbeiter in der Jugendhilfe und Arbeitsvermittlung vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessern

Die Privatisierung sozialer und pflegerischer Dienstleistungen, also ihr Betrieb außerhalb kommunaler und wohlfahrtsverbandlicher Strukturen nimmt zu. Aber auch immer mehr Wohlfahrtsverbände gehen dazu über, privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen (z.B. als GmbH) zu gründen, um sich so von Tarifverträgen lösen zu können.

Die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber von sozialen Diensten der Daseinsvorsorge hat sich zurückgezogen. Diese Entwicklung muss im Interesse der Beschäftigten und der zu Betreuenden umgekehrt werden.

Auch der mit zunehmenden Privatisierungen einhergehenden Tendenz zur Umwandlung von regulären in prekäre Beschäftigungsverhältnisse muss entgegengewirkt werden. Während die hohen Teilzeitquoten in den sozialen Berufen wesentlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschuldet sind, müssen Befristungen und Mini-Jobs die Ausnahme bleiben. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung sowie öffentlich geförderte Beschäftigung haben keinen Platz im Feld der Sozialen Arbeit.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter der sozialen Berufe zwingende Voraussetzung für die immer dringender werdenden Probleme bei der Nachwuchsgewinnung. Eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten führt neben einer Stärkung der Attraktivität der sozialen Berufe auch zu mehr Arbeitszufriedenheit und damit auch zu einem längeren Verbleib in der Phase der Erwerbstätigkeit.

Entprofessionalisierung entschieden entgegenwirken

Föderalismusreform, Schuldenbremse und Finanzkrise potenzieren sich gegenseitig und dürfen nicht weiter dazu führen, dass in den Ländern und Kommunen im sozialen Bereich entsprechend der Wirtschaftlichkeit und Kassenlage unterschiedliche Betreuungsdichten und Angebotsstrukturen entstehen. Dies würde in letzter Konsequenz nämlich zu unterschiedlichen Definitionen sozialer Standards führen und somit den Deutschen Wohlfahrts- und Sozialstaat ad absurdum führen. Schließungen kommunaler Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sind längst keine Ausnahme mehr. Hier gilt es, Einhalt zu gebieten.

Der Gefahr, dass aufgrund immer engerer finanzieller Spielräume der Länder und Kommunen bestimmte Bereiche der Sozialen Arbeit aus Kostengründen ausgelagert werden, muss begegnet werden.

Hinsichtlich der eingangs beschriebenen künftigen Herausforderungen, mit denen sich die Soziale Arbeit konfrontiert sieht, muss der angemessenen Qualifizierung des Personals ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Der Begriff „lebenslanges Lernen“ sollte auch tatsächlich Anwendung finden.

Besonderes Augenmerk sollte auf die Beseitigung von Sprachbarrieren, den Umgang mit modernen Kommunikationstechnologien, aber auch auf die Anforderungen durch neue Berufsbilder und Studiengänge gelegt werden.

Vor dem Hintergrund vor allem in sozialen Berufen häufig verkürzter Erwerbsbiografien und dem damit verbundenen Risiko individueller Versorgungslücken im Alter, darf bei einer Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive der Aspekt des Arbeitsschutzes nicht ausgeklammert werden, denn der Erhalt der Arbeitsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze hat hohe Priorität. Die Beschäftigten dürfen nicht mit ihren Problemen allein gelassen werden. Gerade im Bildungs- und Erziehungswesen sind Erschöpfungszustände ebenso allgegenwärtig wie beispielsweise Ausfallzeiten aufgrund von Rückenleiden bei den Berufen der Kranken- und Altenpflege. Qualifizierung ist in diesem Sinne auch präventiv zu verstehen.

Attraktivität der Sozialen Berufe und Bild in der Öffentlichkeit stärken

Die unter dem Begriff „Soziale Arbeit“ subsummierten Berufsgruppen erfahren vielfach in der Öffentlichkeit nicht die ihrer Bedeutung für den Wohlfahrts- und Sozialstaat angemessene Anerkennung. Hierzu tragen beispielsweise politische Bestrebungen bei, Arbeitsuchende ohne entsprechenden fachlichen Bezug in Pflegeberufen einsetzen zu wollen oder etwa öffentlich geförderte Beschäftigung nach § 16 SGB II auf Bereiche auszuweiten, in denen grundsätzlich eine sozialpädagogische Ausbildung vorausgesetzt werden sollte (etwa der Einsatz in Jugendzentren zur Unterstützung von Streetworkern).

Nicht nur die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten vor Ort leidet unter der mangelnden Anerkennung. Vielmehr sind deutlich negative Auswirkungen auf die Nachwuchsgewinnung die Folge. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des damit einhergehenden zukünftig stark steigenden Personalbedarfs in sämtlichen kurativen Berufen müssen die Attraktivität der sozialen Berufe und deren Bild in der Öffentlichkeit dringend verbessert werden. Eine landesweite Imagekampagne in Verbindung mit Aufklärungsarbeit, einer Vorstellung der Berufsbilder und dem Aufzeigen von Karrieremöglichkeiten direkt an den Schulen wäre ein gangbarer Weg, dem drohenden Fachkräftemangel aktiv entgegenzutreten.

Begründung:

bei Bedarf mündlich

Beschluss: angenommen - abgelehnt - Arbeitsmaterial